

Abteilung Innovation und Digitalisierung
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
ÖSTERREICH
T +43 5 90 900 4300
E innovation@wko.at

Datum
19.05.2025

Call for Evidence: International Digital Strategy

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) nimmt zu dem im Betreff genannten Call for Evidence, abrufbar unter (https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14589-International-Digital-Strategy_en), wie folgt Stellung:

Die WKO begrüßt die Initiative zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Mitteilung über eine internationale Digitalstrategie und teilt die darin angeführten Argumente für den Gegenstand und die Notwendigkeit der Initiative in vollem Umfang. Aus Sicht der WKO ist es von grundlegender Bedeutung, dass Europa in der Gestaltung der internationalen digitalen Ordnung eine aktiveres und sichtbareres Rolle einnimmt.

Die geplante gemeinsame Mitteilung stellt eine geeignete Grundlage dar, um die strategischen Prioritäten der EU im Bereich der internationalen Digitalpolitik zu stärken und koherrent umzusetzen.

Einsatz der digitalen Zusammenarbeit mit Partnerländern und Stärkung des bestehenden Netzes digitaler Partnerschaften und Allianzen, um die technologische Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität der EU im Einklang mit den Zielen des Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern:

In den letzten Jahren wurden auf europäischer Ebene über 100 europäische Digitale Innovationszentren (eDIHs) eingerichtet. Aus Sicht der WKO müssen diese Hubs durch eine Erhöhung der finanziellen Mittel für deren Auf- und Ausbau weiter gestärkt werden. Die eDIHs bilden ein essentielles Fundament für ein gesamteuropäisches, flächendeckendes

Netz an digitalen Partnerschaften und erfüllen zudem eine wichtige Funktion in der Wissensdiffusion von der Wissenschaft in die Wirtschaft. Es braucht überdies die entschlossene Schaffung und nachhaltige Finanzierung **spezialisierter KI-Entwickler-Hubs wie die AI Factories oder Public-private-Partnerships**, die als Plattformen für Start-ups, Entwickler:innen und Innovationsnetzwerke dienen. Diese Hubs sollen nicht nur gemeinschaftliche Entwicklungsräume bieten, sondern auch **Zugang zu Datenpools sowie gezielte Vernetzung mit Risikokapitalgebern ermöglichen**, um **Innovationspotenziale konsequent zur Entfaltung zu bringen**. Flankierende Maßnahmen wie **KI-Innovationswettbewerbe** müssen europaweit organisiert und aktiv gefördert werden, um gezielt die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und der Entwickler-Community zu stärken.

Um technologische Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität der EU zu erreichen, reichen Netzwerke allein nicht aus. Die EU muss **bessere Rahmenbedingungen schaffen**, damit **europäische digitale Innovationen ermöglicht und konsequent in die Skalierung gebracht** werden können, von der physischen bis zur digitalen Infrastruktur. Der Zugang von KMU zu fortschrittlichen Supercomputer-Infrastrukturen in Europa, insbesondere zu Exascale-Supercomputern, muss verbessert werden. Ein einheitlicher und verbesserter Rahmen für den **grenzüberschreitenden Datenaustausch** zwischen europäischen Unternehmen muss umgehend geschaffen werden, um den sicheren, vertrauenswürdigen und effizienten Umgang mit Daten in der EU zu gewährleisten und Innovation standortübergreifend zu ermöglichen. **Cloud-Souveränität** ist ein zentraler Baustein für digitales Vertrauen. Mehrere Mitgliedstaaten der EU haben bereits nationale souveräne Cloud-Infrastrukturen entwickelt oder befinden sich im Aufbau. Wir unterstützen nachdrücklich die laufenden Initiativen zur **Entwicklung eines europäischen Rahmens für Sovereign Clouds im Rahmen von GAIA-X** und fordern, diese Bemühungen entschieden voranzutreiben, um die digitale Unabhängigkeit Europas zu stärken. Projekte wie das „**IPCEI Next Generation Cloud Infrastructure and Services**“ (kurz: IPCEI Cloud) stellen eine wichtige Grundlage dar, um in Europa im Cloud- und Datenbereich eigene Kapazitäten aufzubauen, sichere europäische Datenplattformen zu etablieren und zukünftige wettbewerbsfähige digitale Geschäftsmodelle zu ermöglichen. Dieses Projekt hat einen langfristigen Horizont und digitale Technologien entwickeln sich schnell. Daher sind weitere Initiativen und insbesondere horizontale Reformen notwendig, um den schnelllebigen Entwicklungen gerecht zu werden. Die physische und digitale Infrastruktur muss genutzt werden, damit auf Basis europäischer Werte und Rechte **eigenständige digitale Plattformen und Applikationen entwickelt** werden. Der Einsatz digitaler Technologien ermöglicht vielfältige Vorteile wie Produktivitätssteigerungen, setzt unsere Demokratien aber auch zunehmend unter Druck¹. Souveränität bedeutet vor diesem Hintergrund, in der Lage zu sein, die Grundpfeiler unserer europäischen Zusammenarbeit - unsere geteilten europäischen Werte und Rechte - im digitalen Zeitalter gewährleisten, verteidigen und durchsetzen zu können. Über Jahrzehnte offene Fragestellungen wie die Konformität des amerikanischen Patriot Acts mit europäischen Datenschutzregeln - inmitten einer Phase zunehmender Digitalisierung der Wirtschaft - zeigen, dass zur Sicherstellung europäischer Werte und Rechte **Regulierung allein nicht ausreicht**, sondern eine starke, souveräne europäische Digitalwirtschaft notwendig ist. Die Adressierung der eklatanten Abhängigkeiten bei technischer und digitaler

¹ European Parliamentary Technology Assessment EPTA. (2024). *Artificial Intelligence and Democracy*. Report S. 1 ff

Infrastruktur bei Daten (90% der in der EU anfallenden Daten werden in Drittstaaten exportiert), Cloud (70% des Cloud-Marktes wird durch US-Anbieter dominiert), Chips (9% der Mikrochips werden in der EU hergestellt, aber 20% konsumiert) sowie KI (73% der großen KI Modelle kommen aus den USA), wie im Report zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit (Draghi-Report) treffend dargelegt, müssen die Ausgangsbasis für gezielte Maßnahmen zur Sicherstellung unserer Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit sein². Dabei kommt der **Weiterentwicklung von Open-Source-Technologien** eine besondere Rolle zu, um sowohl die internationale Zusammenarbeit zu unterstützen, dabei einen hohen Sicherheitsstandard zu gewährleisten und gleichzeitig Innovationen zu fördern, die vielen Unternehmen unserer europäischen Wirtschaft nützen und einer „Winner-takes-all“-Dynamik entgegenwirken, bei dem wenige Unternehmen den Markt dominieren. **Interoperabilität und Standardkonformität** müssen **Grundvoraussetzungen** sein, um Lock-in-Effekte zu vermeiden und eine breite Verwertung der digitalen Lösungen innerhalb eines fragmentierten Marktes wie der Europäischen Union und in internationalen Märkten zu unterstützen. Aufgrund der bereits bestehenden Abhängigkeiten von außereuropäischen digitalen Technologieanbietern, sollte prinzipiell angestrebt werden, die bestehenden Abhängigkeiten in allen Bereichen zu reduzieren und die **europäische Zusammenarbeit** zu forcieren. Im Bereich der Quantentechnologie, sowie KI und auch Big Data kann kein europäisches Land allein mit den USA oder China mithalten (beispielsweise stellt China 15 Mrd. USD für die Entwicklung von Quantentechnologie bereit sowie die USA 500 Mrd. USD für KI-Infrastruktur). Hier sehen wir eine Rolle für die EU, die gemeinsame Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken.

Der im April 2025 in Spanien und Portugal eingetretene Blackout unterstreicht die sicherheitsrelevante Problematik eines unvollendeten Energiemarktes und die Existenz von Energieinseln in Europa. Aus unserer Sicht sollte es daher klar sein, dass **sicherheitsrelevante Bereiche** wie der Energiesektor oder die Satellitenkommunikation zu priorisieren sind. Wettbewerbsfähigkeit bedeutet in diesem Kontext, dass die EU in der Lage ist, europäische digitale Innovationen **von der Idee bis zur Skalierung zu unterstützen**. Zwischen 2008 und 2021 wurden in Europa 147 „Einhörner“ gegründet - Start-ups, die eine Bewertung von über 1 Mrd. USD aufweisen. 40 dieser Einhörner haben ihr Hauptquartier in einen Drittstaat - mehrheitlich die USA - verlegt. In der EU steht nur 5% des globalen VC-Kapitals zur Verfügung, wohingegen die USA über 52% und China 40% der Mittel verfügen³, dass insb. digitale Innovationen in Europa zwar ebenfalls entstehen, aber nicht skaliert werden können. Insbesondere im Sicherheits- und Verteidigungssektor (und damit verbundenen Dual Use Komponenten) bedeutet eine Abwanderung in die USA einen Defacto Kontrollverlust über die Technologie, da diese dann unter dem ITAR-Regime genehmigungspflichtig wird. Es ist daher prioritär, dass die Möglichkeiten für Unternehmen zur Skalierung ihrer Ideen innerhalb Europas verbessert werden.

Neben sektoralen Maßnahmen sind horizontale Reformen notwendig. Aus unserer Sicht sollten vor allem folgende Maßnahmen schnell umgesetzt werden: So sollte der **European Innovation Council (EIC)** weiterentwickelt werden, um risikoreiche Forschungs- und Technologieprojekte mit disruptivem Potenzial schneller voranzutreiben. Die **Vertiefung der**

² Draghi, M. (2024). *The future of European competitiveness*. S. 67 ff

³ Draghi, M. (2024). *The future of European competitiveness*. S. 29 ff

Kapitalmarktunion ist wiederum notwendig, um die Fragmentierung des europäischen Risikokapitalmarktes zu überwinden und Unternehmen in der Wachstumsphase ausreichend Eigenkapital bereitzustellen. Parallel dazu muss das **10. EU-Forschungsrahmenprogramm (FP10) einfacher, wirkungsvoller und stärker** missions-orientiert gestaltet werden und mit einem ein Budget von mindestens 200 Mrd. Euro ausgestattet werde. Auch der **European Research Council (ERC)** braucht ein **höheres Budget** um Spitzenforschung angemessen fördern zu können. Investitionen in europäische Forschungs- und Technologieinfrastrukturen müssen auf EU-Ebene koordiniert werden, um Synergien zu heben und Ressourcen effizient einzusetzen, während eine **Reform der ERA-Governance** sicherstellen soll, dass Forschungs- und Innovationspolitiken der Mitgliedstaaten kohärent aufeinander abgestimmt sind. Dariüber hinaus muss die **öffentliche Beschaffung konsequent als Innovationsmotor genutzt** werden, insbesondere im Rahmen missionsorientierter Politikansätze, um Nachfrage für europäische Produkte sicherzustellen und Skalierungseffekte auszulösen.

Konkrete Maßnahmen zur internationalen Zusammenarbeit bei neuen Technologien wie KI und Quantentechnologie - auch im Rahmen von Horizon Europe - in den Bereichen Cybersicherheit und sichere Konnektivität, Mobilität von Fachkräften, internationale Aspekte der digitalen Governance (Plattformen, Daten, KI) und Internet-Governance:

Horizon Europe stellt nur 10% der öffentlichen Mittel für F&E in der EU bereit. Die restlichen Mittel stammen von Mitgliedsstaaten und regionalen Einrichtungen⁴. Es bedarf einer **Entbürokratisierung und Rationalisierung der EU-Partnerschaften** und einer stärkeren Transformationsorientierung mit Fokus auf exzellenter Grundlagenforschung und disruptiven Innovationen. Ressourcen müssen auf europäischer Ebene **besser gebündelt** werden und es muss eine bessere **Abstimmung zwischen EU und nationalen Förderpolitiken** erreicht werden. **Strategische Industrieprojekte** von europäischer Tragweite wie das o.g. IPCEI Cloud müssen gezielt gefördert werden. Da **Allzwecktechnologien** (General-Purpose-Technologies, GPT) wie Quantencomputer, Robotik oder KI wichtige Wachstumsmotoren sind, sollte das nächste Forschungsrahmenprogramm **FP10 spezifische Maßnahmen zur Beschleunigung ihrer Entwicklung** umfassen. F&E-Programme für die Entwicklung von GPTs könnten in Form von Europäischen Partnerschaften durchgeführt werden. Die finanziellen Mittel von Horizon Europe allein werden nicht ausreichen, um die bestehende Lücke zu anderen Drittstaaten im Digitalbereich schließen zu können. Die Ausgaben für das **öffentliche Beschaffungswesen** machen derzeit 14% des BIP der EU aus und können ein wichtiger Hebel für die Umsetzung einer kohärenten EU-Industriepolitik im Digitalbereich sein⁵. Europäische Anbieter im Digitalbereich leiden derzeit unter der fehlenden Nachfrage ihrer Produkte. Europäische Präferenzen in der öffentlichen Beschaffung stellen eine Möglichkeit dar, attraktive Absatzmärkte („Leitmärkte“) für europäische Lösungen zu schaffen. Mögliche Synergien durch **spezifische Maßnahmen zwischen dem Digitalbereich und Verteidigung** hinsichtlich **Dual-Use** sollten geprüft werden. Dabei darf es in keinem Fall zu einer Kürzung des European Defense Fund (EDF) oder Horizon Europe kommen und die

⁴ Europäische Kommission. (2025). *Zwischenevaluierung Horizont Europe*.

⁵ Europäische Kommission. (2023). *Öffentliches Beschaffungswesen: ein Datenraum zur Verbesserung der öffentlichen Ausgaben, zur Förderung datengesteuerter Politikgestaltung und zur Verbesserung des Zugangs zu Ausschreibungen für KMU*.

thematische Ausrichtung bei EDF (ausschließlich militärisch-orientiert) und Horizon Europe (generell themenoffen, Förderung von Open Science, internationaler Kooperation, Wissensverwertung) bleiben bestehen. Um das **Potenzial von Dual-Use Komponenten zu stärken**, ist essenziell das **Unternehmen nicht benachteiligt** werden können, weil ihre Anwendungen potenziell auch militärisch genutzt werden können. Ein guter Schritt in diese Richtung wäre eine **Vereinfachung der EIB Lending Policy**. Die im Rahmen von Readiness 2030 angekündigten **Maßnahmen der EIB gehen dabei in die richtige Richtung**. Wichtig ist aber, dass es sich hierbei um **keine temporären Maßnahmen handelt**, sondern um einen langfristigen Kurswechsel.

Aufbau eines integrierten EU-Angebots von Technologielösungen für internationale Partner im Rahmen von Global Gateway unter enger Einbeziehung von Technologieunternehmen und Innovatoren aus der EU, um den digitalen Wandel in den Partnerländern zu unterstützen:

Der Aufbau von EU-Technologielösungen und die Bereitstellung an internationale Partner im Rahmen des Global Gateway kann grundsätzlich positiv gesehen werden. Wichtig ist dabei aber, dass die EU stärker beim Global Gateway involviert ist und vor allem **ins Tun kommt**. Derzeit dauern die **Prozesse und Genehmigungen** noch zu lange, um tatsächlich eine gangbare Alternative zur chinesischen Seidenstraße darzustellen.

Insbesondere bei neuen Technologien und KI ist China mit seiner Open Source KI *Deep Seek* bereits stark im globalen Süden vertreten. Will man hier gegensteuern, sollte man rasch aktiver werden.

Bessere Koordinierung zur Vereinheitlichung der EU-Standpunkte in plurilateralen und multilateralen Foren:

Das Thema „Digital Trade“ rückt in den letzten Jahren auch immer stärker in den Focus der EU-Handelspolitik. Die EU ist daher intensiv darum bemüht, den digitalen Handel nicht nur im Rahmen der WTO voranzutreiben (z.B. wird derzeit intensiv über die Verlängerung des **WTO-Moratorium zu E-Commerce** über das Jahr 2026 hinaus verhandelt), sondern auch die Zusammenarbeit in diesem Bereich mit ihren Handelspartnern zu verstärken. Wir befürworten eine bessere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten mit der Europäischen Kommission, um bei plurilateralen und multilateralen Verhandlungen im Rahmen der WTO mit einer einheitlichen Position auftreten zu können. Gerade der Rahmen der WTO soll verstärkt genutzt werden, um hier **international gültige Handelsregeln** und einen **einheitlichen internationalen Rechtsrahmen** zu schaffen. Nur durch klar definierte Handelsregeln können Unternehmen in einem **rechtssicheren Umfeld** agieren. Um im plurilateralen und multilateralen Foren mehr Schlagkraft zu haben, bedarf es aber nicht nur einer besseren Koordinierung zwischen den Generaldirektionen der Europäischen Kommission, vor allem DG Trade mit DG Connect und DG Growth, sondern auch einer besseren Abstimmung mit „like-minded“-Ländern.

Einsatz der Instrumente der digitalen Diplomatie zur Stärkung der Zusammenarbeit der EU mit Partnerländern:

Digital Trade soll auch im Rahmen von EU-Handelsabkommen vorangetrieben werden. Ziel muss dabei sein, **neue Märkte zu erschließen**, die eine größere Auswahl an qualitativ hochwertigeren Waren und Dienstleistungen anzubieten, die leicht online gefunden und beschafft werden können; **elektronische Transaktionen zu erleichtern** (z.B. elektronische Signaturen, elektronische Authentifizierung); **Rechtssicherheit für Unternehmen zu schaffen** (z.B. keine Anforderungen an die Datenlokalisierung, Schutz des Computerquell-codes, Vermeidung von erzwungenem Technologietransfer); den **Zugang zu elektronischem Geschäftsverkehr zu verbessern** (z.B. Zugang zum Internet, zu Online-Inhalten und Regierungsdaten); und den **digitalen Handel zu erleichtern**, d.h. geringerer Verwaltungsaufwand für den elektronischen Geschäftsverkehr (z.B. papierloser Handel, elektronische Rechnungsstellung). Vor dem Hintergrund, dass die **Wirtschaft** in hohem Maße auf ihre enge **internationale Vernetzung angewiesen** ist, soll nach unserer Auffassung auch Ziel der digitalen Strategie sein, die **globale Öffnung** und einen **gleichberechtigten Zugang** von Märkten und Investitionsstandorten voranzutreiben. Gerade als kleines Land mit knapp neun Millionen Einwohnern ist Österreich auf den Handel mit anderen Ländern angewiesen. Ein möglichst **ungehinderter Zugang zu Auslandsmärkten** ist für Konsumenten und Unternehmen gleichermaßen von entscheidender Bedeutung. Märkte müssen offen gehalten und die Umsetzung von Regeln garantiert werden. Daher befürworten wir auch eine **verstärkte digitale Zusammenarbeit** der EU mit Partnerländern und die **Erweiterung des EU-Netzes digitaler Partnerschaften** (Digital Trade Agreements) und Allianzen.

Weitere Ansätze die aufgenommen werden sollten:

Bessere Harmonisierung der handelspolitischen Maßnahmen im Rahmen der Economic Security Strategy auf nationaler Ebene:

Die Europäische Kommission hat in ihrer Mitteilung zur **European Economic Security Strategy** mehrere handelspolitische Maßnahmen angekündigt. Ziel ist es u.a. eine Harmonisierung der nationalen Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten, um Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt zu vermeiden. Die Schaffung von wirtschaftlicher Sicherheit wird bisher aus unserer Sicht weder erreicht noch konsequent zu Ende gedacht. Die Europäische Kommission sollte daher in ihrer Mitteilung zur **International Digital Strategy** zumindest im Zusammenhang mit digitalen Technologien einige Klarstellungen liefern.

Insgesamt sieht die WKO in der Ausarbeitung und Umsetzung einer gemeinsamen internationalen Digitalstrategie eine wichtige Chance, Europas digitale Zukunft aktiv und selbstbewusst zu gestalten. Die Wirtschaft ist bereit, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten und ihre Expertise einzubringen, um praxisnahe und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen auf europäischer und internationaler Ebene zu fördern.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Rückfragen:

Abteilung Innovation und Digitalisierung
Florian Schäfer, florian.schaefer@wko.at, Telefon +43 5 90900 3164

Freundliche Grüße

Dr. Karin Sommer
Abteilungsleiter-Stv.